STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Rates der Stadt Norden (39/Rat/2016)

am 02.03.2016

Saal des Hotel Reichshof, Neuer Weg 53, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgaben
5. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- 5.1. Erwerb einer Tragkraftspritze;
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung
1622/2015/1.1
- 5.2. Haustechnik Wildbahnhalle;
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung
1677/2016/1.1
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde
7. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 07.10.2015/Fortsetzung am 08.10.2015
1578/2015/1.2
8. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 16.11.2015
1608/2015/1.2
9. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 10.12.2015
1664/2016/1.2
10. Bildung von Ausschüssen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2016 auf Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration;
-Beschlussfassung über die Verteilung der Ausschussvorsitzende und die Besetzung des Ausschusses
1680/2016/1.2/1
11. Festlegung der Anzahl und ggf. Abgrenzung der Wahlbereiche für die Gemeindewahl am 11.09.2016
1610/2015/2.1
12. Grundschule Lintel - Außenstelle Ekel; -Sch-
Verlagerung der Außenstelle in Räume des Schulgebäudes der Oberschule
1623/2016/2.2

13. Städtebaulicher Denkmalschutz; Sanierungsgebiet "Historischer Marktplatz"; Wirtschaftsplan für 2016
1640/2016/3.1
14. Kreditaufnahme 2015
1641/2016/1.1
15. Finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in der Stadt Norden; Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2016
1679/2016/2.1
16. Haushaltssatzung 2016
1669/2016/1.1
17. Sanierung Stadtumbau-West; Gebiet: Doornkaatgelände und Umfeld; Treuhändervertrag
1643/2016/3.1
18. Sanierung Stadtumbau West; Gebiet: Doornkaatgelände und Umgebung; Wirtschaftsplan 2016
1644/2016/3.1
19. Beendigung des Verkehrsversuches „Zweirichtungsverkehr Am Markt (Nord und Ost)“; Beschlussfassung über die Beibehaltung der getroffenen Regelungen.
1658/2016/3.3
20. 89.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden, Gebiet: "Photovoltaikpark"; erneute Beteiligungsverfahren, Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Feststellungsbeschluss
1648/2016/3.1
21. Bebauungsplan Nr. 41, 3. Änderung, Gebiet: Photovoltaikpark; erneute Beteiligungsverfahren, Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Satzungsbeschluss
1649/2016/3.1
22. Bauleitplanung in Norddeich: Bebauungsplan Nr. 179; Gebiet: "Molenstraße / Hattermannsweg" und 92. Änderung des Flächennutzungsplanes - Auslegungsbeschluss
1660/2016/3.1
23. Sitzungskalender 2016 - 2. Halbjahr
1674/2016/1.2
24. Anträge zur Verweisung an die zuständigen Ausschüsse
- 24.1. Antrag auf Ausweisung eines neuen Baugebietes an der Zuckerpolder Straße für 100 Bauplätze;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1684/2016/1.2
- 24.2. Antrag auf Überarbeitung/Erstellung der Prioritätenliste zum Neubau/Ausbau von Straßen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1685/2016/1.2
- 24.3. Antrag auf Erweiterung des Planungsauftrages Kleine Mühlenstraße um die Große Mühlenstraße;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1686/2016/1.2
- 24.4. Antrag auf Erwerb des Ev.-Reformiertem Kirchengebäudes im Ortsteil Leybucht polder u.a. mit Mitteln der Dorferneuerung;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1687/2016/1.2
25. Dringlichkeitsanträge
26. Anfragen
27. Wünsche und Anregungen
28. Festlegung des nächsten Sitzungstermins

29. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17:05 Uhr die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Norden und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Entschuldigt fehlen Beigeordneter Wimberg, Ratsfrau Eden sowie Ratsherr Wallow.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Der Vorsitzende beantragt, den Tagesordnungspunkt 10 (Beschluss-Nummer 1680/2016/1.2/1) von der Tagesordnung abzusetzen.

Ratsfrau van Gerpen beantragt, den Tagesordnungspunkt 14 (Beschluss-Nummer 1641/2016/1.1) nach dem Tagesordnungspunkt 16 (Beschluss-Nr. 1669/2016/1.1) zu beraten.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Tagesordnungspunkt 10 (Beschluss-Nummer 1680/2016/1.2/1) wird abgesetzt. Der Tagesordnungspunkt 14 (Beschluss-Nummer 1641/2016/1.1) wird nach dem Tagesordnungspunkt 16 (Beschluss-Nr. 1669/2016/1.1) beraten.

Sodann wird die mit Schreiben vom 17.02.2016 bekannt gegebene Tagesordnung vom Rat festgestellt.

zu 4 Bekanntgaben

Bürgermeisterin Schlag gibt bekannt, dass am 16.04.2016 die gemeinsame Boßelveranstaltung „Rat gegen die Verwaltung“ stattfindet. Der Nds. Städtetag lädt am 28.05.2016 nach Hannover zum nächsten Tag für die Ratsmitglieder ein. Weitere Informationen hierzu folgen noch.

zu 5 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Der Rat nimmt gem. § 89 NKomVG von folgenden Eilentscheidungen Kenntnis:

**zu 5.1 Erwerb einer Tragkraftspritze;
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung
1622/2015/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Fachdienst 2.1 hat eine überplanmäßige Auszahlung mit folgender Begründung beantragt:

Die erforderlichen Mittel für den Erwerb einer Tragkraftspritze übersteigen den für diese Anschaffung veranschlagten Betrag, jedoch ist diese für die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr erforderlich. Haushaltsmittel stehen als Deckung bei den Produkten 126-01-906 und 126-01-903 ausreichend zur Verfügung. Eine Ersatzbeschaffung für eine vorhandene ältere (ca. 30 Jahre) Tragkraftspritze war geplant, sollte jedoch zunächst verschoben werden, da die eingeholten Angebote über dem vorhandenen Haushaltsansatz lagen. Nachdem das Gerät jedoch ausgefallen ist, muss eine Beschaffung kurzfristig erfolgen, um die Einsatzfähigkeit des Löschgruppenfahrzeugs (LF 8) aufrechterhalten zu können.

Der Rat nimmt Kenntnis.

**zu 5.2 Haustechnik Wildbahnhalle;
Zustimmung zu einer überplanmäßigen Auszahlung
1677/2016/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Fachdienst 2.2 hat eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2015 mit folgender Begründung beantragt:

Die Baumaßnahme "Gebäudetechnische Sanierung Sporthalle Wildbahn" ist bautechnisch abgeschlossen. Es liegen derzeit die geprüften Schlussrechnungen für die Gewerke Heizung (4.275,47 € höher als die beauftragte Summe i.H.v. 169.932,12 €) und Sanitär (4.479,44 € höher als die beauftragte Summe i.H.v. 103.712,86 €) vor. Die im Vergleich zur Beauftragung höheren Abrechnungssummen ergeben sich durch die tatsächliche Massenfeststellung nach Aufmaß. Die Rechnungen datieren vom 09.12.15 und liegen der Stadt geprüft seit dem 04.02.16 vor. Entsprechend VOB/B ist die Schlussrechnung alsbald nach Prüfung und Feststellung fällig, höchstens nach 60 Tagen nach Zugang der prüffähigen Rechnung. Es besteht somit eine Eilbedürftigkeit die geprüften Rechnungen in vollständiger Höhe kurzfristig zu zahlen. Darüber hinaus lagen die Kosten der Gerüstbauarbeiten (rd. 7.700 €) durch die längere Bauzeit deutlich höher als ursprünglich kalkuliert (Ursache Verzögerung durch Leimbinderprüfung und -sanierung).

Der Rat nimmt Kenntnis.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erklärt, dass er die Elternschaft der Grundschul Kinder der Ekeler Schule vertrete. Er sei dagegen, dass die Ekeler Schule geschlossen werden muss und frage sich, warum sich die

Schule in einem desolaten Zustand befindet.

Bürgermeisterin Schlag verweist auf die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 12.

**zu 7 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 07.10.2015/Fortsetzung am 08.10.2015
1578/2015/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Gem. § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates beschließt der Rat über die Genehmigung des Protokolls.

Der Rat beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 8 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 16.11.2015
1608/2015/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Gem. § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates beschließt der Rat über die Genehmigung des Protokolls.

Der Rat beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	29
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

**zu 9 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Ratssitzung vom 10.12.2015
1664/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Gem. § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates beschließt der Rat über die Genehmigung

des Protokolls.

Der Rat beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

- zu 10 **Bildung von Ausschüssen;**
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2016 auf Einrichtung eines Ausschusses für Migration und Integration;
-Beschlussfassung über die Verteilung der Ausschussvorsitzende und die Besetzung des Ausschusses
1680/2016/1.2/1

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- zu 11 **Festlegung der Anzahl und ggf. Abgrenzung der Wahlbereiche für die Gemeindewahl am 11.09.2016**
1610/2015/2.1

Sach- und Rechtslage:

Am 11.09.2016 findet in Norden die Gemeindewahl statt. Die Zahl der in den Rat der Stadt Norden zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren beträgt in Abhängigkeit der zum Stichtag 31.03.2015 vom Landesamt für Statistik ermittelten Einwohnerzahl (= 24.913 EinwohnerInnen) 34 gem. § 46 (1) des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes.

Wahlgebiete, in denen die Zahl der zu wählenden Vertreter/innen mindestens 34 und höchstens 39 beträgt, können in zwei Wahlbereiche eingeteilt werden (§ 7 (3) Nds. Kommunalwahlgesetz/NKWG). In Wahlgebieten, in denen mehrere Wahlbereiche gebildet werden können, bestimmt die Vertretung deren Zahl und Abgrenzung (§ 7 (5) NKWG).

Bis zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes im November 2010 war das Wahlgebiet der Stadt Norden kraft Gesetzes in zwei Wahlbereiche eingeteilt. Mit Gesetzesänderung wurde dann der Vertretung erstmals für die Gemeindewahl 2011 die Möglichkeit eingeräumt, sich auch für einen einzigen Wahlbereich im gesamten Wahlgebiet zu entscheiden. Hiervon wurde seinerzeit Gebrauch gemacht, das Wahlgebiet der Stadt Norden bildete bei der letzten Gemeindewahl einen Wahlbereich, was für die Verwaltung auch einen vereinfachteren Ablauf in der Wahlabwicklung bedeutete.

Für den Fall, dass für die Gemeindewahl 2016 zwei Wahlbereiche gebildet werden sollen, ist die Abgrenzung der Wahlbereiche unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zu bestimmen. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche soll hierbei nicht mehr als 25 % nach oben oder unten betragen (§ 7 (6) NKWG). Unter Beibehaltung der für die bis zum Jahre 2011 vorangegangenen Gemeindewahlen beschlossenen Abgrenzung

würden derzeit auf den Wahlbereich I 46,67 % und auf den Wahlbereich II 53,33 % der Einwohner der Stadt Norden entfallen. Die Bereichsabgrenzung könnte daher wie unter Variante B aufgeführt eingeteilt werden.

Variante A:

Das Wahlgebiet der Stadt Norden bildet einen Wahlbereich.

Variante B:

Das Wahlgebiet der Stadt Norden bildet zwei Wahlbereiche.

Wahlbereich I: Wahlbezirke 1 – 8 und 11 - 16,

bestehend aus dem Stadtgebiet westlich

der Straßen Neuer Weg bis zur Einmündung Osterstraße, Teilstück Osterstr. (zwischen Ludgeri-Kirche und CEKA), Teilstück Norddeicher Str. (zwischen Amtsgericht und Beginn Ortsteil Norddeich) ohne die vorgenannten Straßen sowie den Ortsteilen Norddeich, Westermarsch I und II, Neuwesteel und Leybucht polder.

Wahlbereich II: Wahlbezirke 9 + 10 und 17 – 30,

bestehend aus dem Stadtgebiet östlich

der Straßen Neuer Weg bis zur Einmündung Osterstraße, Teilstück Osterstr. (zwischen Ludgeri-Kirche und CEKA), Teilstück Norddeicher Str. (zwischen Amtsgericht und Beginn Ortsteil Norddeich) einschließlich der vorgenannten Straßen sowie den Ortsteilen Bargebur, Süderneuland I und II (einschl. Nadörst), Ostermarsch und Tidofeld.

Der Rat beschließt:

Das Wahlgebiet der Stadt Norden bildet einen Wahlbereich.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 12 Grundschule Lintel - Außenstelle Ekel; -Sch-
Verlagerung der Außenstelle in Räume des Schulgebäudes der Oberschule
1623/2016/2.2**

Sach- und Rechtslage:

In der Ratssitzung am 09.03.2015 wurde die Errichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Lintel zum Schuljahr 2017/18 beschlossen. Gleichzeitig wurde die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, ob die Verlagerung der Außenstelle Ekel, Schulstraße 25, in Räume des Schulgebäudes der Oberschule zum Schuljahr 2017/18 umgesetzt werden kann.

Die Verwaltung hat im Herbst 2015 und Januar 2016 Gespräche mit den Schulleitungen der Grundschule und der Oberschule über die Anforderungen an den Raumbedarf geführt. Die Grundschule hat mitgeteilt, das 5 Normalklassenräume, 1 Raum für den Schulkindergarten, 2 Förderräume, 1 Raum Schulbücherei und 1 Lehrerzimmer, Material- und Sanitätsräume sowie

separate Toilettenräume benötigt werden. Großer Wert wird auf einen für Grundschüler geeigneten, eigenen Eingangsbereich gelegt. Mit der GS Lintel wurde Einvernehmen erzielt, dass die Räume im 1. und 2. Obergeschoss am Wiesenweg geeignet sind und den Anforderungen der Schule entsprechen.

Die Oberschule hat ihren Bedarf an Klassen-, Fach- und Nebenräumen bereits im Rahmen einer Abfrage im Zusammenhang mit der Schülerzahlenentwicklung in der AG Bildung am 17.03.2015 eingereicht. Der Bedarf der Oberschule wurde noch einmal hinterfragt. Die Oberschulleitung und die Verwaltung haben in einem gemeinsamen Gespräch am 15.01.2016 eine Einigung über die Raumnutzung in dem Schulgebäude Oberschule erzielt. Die Schulräume im Trakt am Wiesenweg können aus der Raumnutzung für die Oberschule herausgenommen werden.

Mit Ablauf des Schuljahres 2015/16 zieht sich die OBS vollständig aus diesem Trakt zurück. Gleiches gilt für den Schulhof zwischen der Turnhalle und dem Normalklassentrakt.

In die beiden Obergeschosse des Traktes „Wiesenweg“ kann somit zum Schuljahr 2017/18 die Außenstelle der GS Lintel einziehen.

Im EG des Traktes bleibt die StudioBühne mit dem Zuschauerraum und den Nebenräumen erhalten. Das gesamte EG des Traktes steht der GS und OBS für musische Zwecke und der Öffentlichkeit für Veranstaltungen zur Verfügung und wird weiter auf diese Zwecke ausgerichtet.

Das Raumprogramm der Außenstelle der GS Lintel kann im 1. und 2. Obergeschoss umgesetzt werden. Notwendig ist ein An-/Umbau für einen separaten Eingang und Toilettenbereich der Grundschüler.

Über diese Nutzungen des gesamten Traktes „Wiesenweg“ besteht zwischen der Stadtverwaltung und den Schulleitungen der OBS und der GS Übereinstimmung.

Die Schulleitung der OBS und die Stadtverwaltung gehen als Planungsgrundlage von einer Zweizügigkeit der OBS aus.

Hierfür wären 12 Normalklassen notwendig. Die OBS geht in den nächsten zwei Schuljahren von 13 Normalklassen aus, da jeweils ein Jahrgang im dritten Zug vorhanden sei.

Es besteht Einigkeit, dass während dieser Übergangszeit 1 – 2 Fachräume oder sonstige Räume als Normalklasse genutzt werden müssen. Zusätzlich werden Inklusions-, Kurs- und Sonderräume, zum Teil als Doppelnutzungen, bereitgestellt.

Die OBS hat erhebliche Anschaffungswünsche für Schränke, Regale, Kartenhalterungen, Vorhänge sowie zwei Container (Fahrrad-AG, Spielgeräte) geäußert. Ferner sollen Außenspielgeräte, die im GS-Bereich verbleiben, ersetzt werden.

Hierfür sind im Haushalt 2016 nur begrenzt Mittel eingeplant.

Kosten der Maßnahmen:

Für den Haushaltsplanentwurf 2016 wurde für die Änderungen am Trakt „Wiesenweg“ eine geschätzte Summe von 150.000 € angemeldet. Zu dem Anmeldezeitpunkt war die Prüfung noch nicht abgeschlossen, wie die Verlagerung der Außenstelle Ekel umgesetzt werden kann. Eine Einigung mit der Oberschule wurde in dem Gespräch am 15.01.2016 erzielt. Danach wurden die Kosten für die baulichen Maßnahmen am Wiesenweg gerechnet, die mit einem Betrag von 380.000 € abschließen. Der Finanzplan des Ergebnishaushalt ist für 2017 ist noch zu ergänzen um einen Betrag von 120.000 €. 110.000 € werden aus Ansätzen für die Fenstersanierung und Brandschutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Jahre 2016/17 gedeckt.

Für bauliche Anpassungen der Räume in der OBS stehen im Haushaltsplanentwurf 2016 34.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden benötigt, um die Räume im Sommer 2016 so herzurichten, dass sie von der OBS im neuen Schuljahr für den Unterricht nutzen werden können

Die Gesamtkosten für die Maßnahmen in der Außenstelle am Wiesenweg und in der OBS betragen 414.000 Euro, die über 2 Haushaltsjahre finanziert werden können.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Außenstelle der Grundschule Lintel wird zum Schuljahr 2017/18 in das Schulgebäude der Oberschule, Gebäudetrakt am Wiesenweg, verlagert.**
- 2. Die Haushaltsmittel für Umbaumaßnahmen einer grundschulgerechten Unterbringung der Außenstelle am Wiesenweg und bauliche Anpassungen für die Oberschule sind im Haushaltsplan 2016 und in der mittelfristigen Ergebnisplanung (2017) zu veranschlagen (s. Sach- und Rechtslage).**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	28
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	2

**zu 13 Städtebaulicher Denkmalschutz; Sanierungsgebiet "Historischer Marktplatz"; Wirtschaftsplan für 2016
1640/2016/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Sanierungsträger BauBeCon Sanierungsträger GmbH hat für das Jahr 2016 einen Wirtschaftsplan vorgelegt, den die Verwaltung dem Rat der Stadt Norden zum Beschluss empfiehlt.

Als verbindliche Einnahmen (einschl. Anteile der Stadt) stehen auf Grund der Zuwendungsbescheide bis einschließlich dem Jahr 2015 rd. 335 tsd. € zur Verfügung. Dem gegenüber stehen geplante Ausgaben in 2016 von rd. 222 tsd. €.

Der Schwerpunkt der Sanierungsmaßnahmen soll in diesem Jahr wieder bei der Förderung von privaten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen liegen. Darüber hinaus soll die Umgestaltung des Marktplatzes-Ostseite (zwischen den Gebäuden „Deutsche Bank“ und dem ehemaligen Kirchenkreisgebäude“ planerisch vorbereitet werden. Die in diesem Jahr auffällig hohe Überdeckungssumme von rd. 113 tsd. € soll dann im kommenden Jahr im Wesentlichen in die Umsetzung der Umgestaltung des Marktplatzes-Ostseite einfließen.

Im Jahr 2015 konnten die Maßnahmen Am Markt 6 (Soltau-Gebäude), Am Markt 12 („Fietsenmoaker“), Osterstraße 5 (Schöninghsches Haus) sowie Osterstr. 31 (ehemals Möbelhaus Kretzmer) erfolgreich abgeschlossen werden.

Die privaten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden Große Neustraße 5 und Neuer Weg 81 sind begonnen worden und werden in diesem Jahr voraus-

sichtlich abgeschlossen werden können.

Neu hinzukommen soll die private Modernisierung und Instandsetzung des privaten Gebäudes Am Markt 46, dem auf Grund seiner besonderen Wertes als Baudenkmal eine bauhistorische Untersuchung vorausgeht, die zusätzlich gefördert werden soll. Weiterhin sind die Förderungen der Modernisierung und Instandsetzung des Gebäudes Am Markt 33 (TeeMuseum-Stiftung Oswald von Diepholz) sowie einer baulichen Maßnahme Am Gebäude Am Markt 21 (Gebäude neben dem EDEKA Center Götz – Passage) geplant.

Ebenfalls gefördert werden soll die Aufstellung einer Skulptur im Verkehrskreisel vor dem Alten Rathaus/Teemuseum, die der Kunst am Bau des Teemuseums zuzuordnen ist.

Schließlich soll die Umsetzung der Trafostation am Gebäude Am Markt 6 soll nunmehr in diesem Jahr nach Abschluss der Entwurfsplanung Marktplatz-Ostseite vorgenommen werden.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Norden beschließt den Wirtschaftsplan 2016 für das Sanierungsgebiet „Historischer Marktplatz“ gem. dem Entwurf des Sanierungsträgers BauBeCon Sanierungsträger GmbH (Mitteilung vom 12.02.2016).

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 14 Kreditaufnahme 2015
1641/2016/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Die 1, Nachtragshaushaltssatzung 2015 der Stadt Norden, die am 12.11.2015 von der Aufsichtsbehörde des Landkreises Aurich genehmigt wurde, sieht in § 2 eine Kreditaufnahme vom Kreditmarkt zur Mitfinanzierung des Finanzhaushalts 2015 (Investitionen) in Höhe von 2.598.100 € vor.

Der Rat beschließt:

Der Aufnahme eines Kredits zur Teilfinanzierung von Investitionen im Finanzhaushalt (investiver Teil) 2015 wird unter nachfolgenden Bedingungen zugestimmt:

Gesamthöchstbetrag des Kredits:	2.598.100 €
Höchstzinssatz:	4 %
Maximale Laufzeit:	30 Jahre

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, im Rahmen der o. g. Höchstgrenzen einen Darlehensvertrag abzuschließen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 15 Finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in der Stadt Norden; Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2016
1679/2016/2.1**

Sach- und Rechtslage:

Mit dem in der Anlage beigefügten Antrag wünscht die SPD-Fraktion eine finanzielle Unterstützung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfer, da diese neben einer äußerst intensiven und umfangreichen Betreuungsarbeit auch nicht selten mit eigenen Geldbeträgen schnelle Hilfe leisten.

Ohne dieses große ehrenamtliche Engagement wären die Kosten für die Flüchtlingshilfe wesentlich höher, bzw. es ist fraglich, ob die Aufgaben der Flüchtlingsaufnahme- und -betreuung überhaupt so gut, wie bisher geschehen, hätten bewältigt werden können.

Der beantragte Betrag in Höhe von 3.000 € ist vor diesem Hintergrund angemessen.

Die Kriterien zur Auszahlung von Beträgen sollte von der Verwaltung gemeinsam mit der Flüchtlingshilfe Norden ausgearbeitet und in der Arbeitsgruppe „Integration und Prävention“ vorgestellt werden.

Den ehrenamtlichen Helfern kann mit einer schnellen Entscheidung auch eine Geste der Anerkennung ausgedrückt werden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Über den Antrag der SPD-Fraktion soll im Rahmen der Beratung zur Haushaltssatzung 2016 im Rat entschieden werden.

**zu 16 Haushaltssatzung 2016
1669/2016/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Einleitung

Hinsichtlich der Anteile an der Einkommen- und Umsteuer können aufgrund der offiziellen Steuerschätzungen Mehrerträge in Höhe von 720.000 € bzw. 30.000 € erwartet werden, so dass die Ansätze im Vergleich zu 2015 entsprechend angehoben wurden.

Unter Berücksichtigung der hohen Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2015 mussten die Ertrags Erwartungen bei den Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu 2015 um 220.000 € reduziert werden.

Insgesamt ist bei den Allgemeinen Finanzen im Vergleich zum Nachtragsplan 2015 mit einer Verbesserung in Höhe von 256.330 € zu rechnen.

Gem. § 4 Abs. 7 der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung (GemHKVO) dürfen in jedem Teilhaushalt nur die „wesentlichen Produkte“ mit den dazu geplanten Maßnahmen bestimmt werden.

Der Rat der Stadt Norden hat daher in seiner Sitzung am 05.07.2011 die Bildung nachstehender wesentlicher Produkte beschlossen. Sie wurden gem. Ratsbeschluss vom 26.04.2012 um das Produkt 111-12 (Gebäudewirtschaft) erweitert.

Fachdienst	Produktnummer	Bezeichnung
1.1	611-01	Gemeindesteuern, Finanzaufweisungen und –umlagen
2.1	122-02	Bürgerservice und Meldewesen
2.1	122-03	Leistungen des Standesamtes
2.1	126-01	Brandschutzleistungen
2.1	553-01	Friedhofs- und Bestattungswesen
2.2	111-12	Gebäudewirtschaft
2.2	211-01	Grundschulen
2.2	216-01	Oberschule
2.2	218-01	Kooperative Gesamtschule Hage, Außenstelle Hage
2.2	221-01	Förderschule
2.2	272-01	Stadtbibliothek
2.2	281-01	Heimat- und Kulturpflege
2.2	365-01	Bereitstellung von Kindertageseinrichtungen
2.2	365-02	Soziale Betriebe
3.1	511-01	Stadtentwicklung und Bauleitplanung
3.2	571-01	Wirtschaftsförderung
3.2	571-02	Stadtmarketing
3.3	541-01	Bau, Betrieb und Instandhaltung von Gemeindestraßen
3.3	545-01	Straßenreinigung und Winterdienst
3.3	551-01	Planung und Bewirtschaftung von Grünflächen

Ergebnishaushalt:

Die vorläufigen Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts 2016 ergeben insgesamt einen strukturellen Fehlbedarf in Höhe von **2.392.670 €**.

Dieser Fehlbedarf setzt sich zusammen aus

Aufwendungen in Höhe von insgesamt 44.389.940 €
 und
Erträgen in Höhe von insgesamt 41.997.270 €

Die Beträge verteilen sich im Vergleich zu 2015 wie folgt sich auf die einzelnen Teilhaushalte:

TH	Bezeichnung	Aufwendungen		Erträge	
		2015	2016	2015	2016
0	Oberste Gemeinde- Organe/RPA/GB u. PR	620.130 €	465.000 €	21.400 €	21.400 €

1	Interne Dienste	21.263.710 €	21.671.330 €	34.554.540 €	34.833.400 €
2	Ordnung, Soziales und Bildung	12.501.145 €	13.453.040 €	3.789.060 €	4.133.400 €
3	Planen, Bauen und Umwelt	8.418.910 €	8.800.570 €	2.861.010 €	3.009.070 €
	Insgesamt	42.803.895 €	44.389.940 €	41.321.010 €	41.997.270 €

Es wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die Überschussrücklage (Überschüsse aus den Jahren 2011, 2012 und 2014) einen Bestand in Höhe von 3.088.338,24 € ausweist, so dass der kalkulierte Fehlbedarf in voller Höhe gedeckt ist.

Gemäß § 110 Abs. 5 NKomVG gilt der Haushalt somit als ausgeglichen. Für die benötigte Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht ist daher die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht erforderlich.

Personalaufwendungen

Der Gesamtansatz für Aufwendungen für aktives Personal (Zeile 13) beträgt für das Haushaltsjahr 2016 11.376.950 €. Im Haushaltsjahr 2015 war in der gleichen Zeile ein Betrag in Höhe von 10.880.790 € ausgewiesen, so dass sich eine Erhöhung der Personalaufwendungen in Höhe von 496.160 € ergibt.

Begründung:

Für das Haushaltsjahr 2016 wurde eine Tarifierhöhung von 3,0 % für die Beschäftigten und 2 % ab Juli für die Beamten berücksichtigt. Dadurch ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von ca. 213.800 €. Für Stufensteigerungen und Beförderungen im Beamtenbereich sind 15.000 € veranschlagt worden.

Außerdem waren folgende zusätzliche Stellen einzuplanen:

1 Stelle Stadtmarketing (= 48.200 €). Für die Übernahme von ausgebildeten Nachwuchskräften, zusätzliche TZ-Kräfte im ÜRV und für die Geschäftsstelle „Wattenmeer-Achter“ sowie Stunden-erhöhungen im Bereich der sozialen Betriebe wurden 104.800 € veranschlagt. Weitere zusätzliche Kosten in Höhe von 63.300 € sind für die Sargträger eingeplant worden.

Die Steigerung bei den Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen gegenüber den Vorauszahlungen für 2015 in Höhe von 51.000 € sind ebenfalls veranschlagt worden.

Sachaufwendungen

Der Gesamtansatz für Sachaufwendungen (Zeile 15 bis 19) beträgt für das Haushaltsjahr 2016 32.840.030 €. Im Haushaltsjahr 2015 waren hierfür 31.651.105 € ausgewiesen. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Sachaufwendungen in Höhe von 1.188.925 €.

Begründung:

Neben kleineren Anpassungen der Ansätze für Sachaufwendungen in 2016 wurden insbesondere folgende Ansätze erhöht:

Die Gewerbesteuerumlage musste aufgrund der relativ hohen kalkulierten Gewerbesteuerer-

träge um 318.000 € erhöht werden.

Die Berechnung der Kreisumlage für 2016 ergab eine im Vergleich zu 2015 vorzunehmende Erhöhung von 812.000 €. Da in Verbindung mit dem Jahresabschluss 2015 hierfür jedoch die Bildung einer Rückstellung „Finanzausgleich“ in Höhe von 950.000 € erfolgen wird, konnte eine Reduzierung von 138.000 € vorgenommen werden.

In jedem Jahr werden Vermögensgegenstände angeschafft, die je nach ihrer jeweiligen Nutzungsdauer über Jahre abzuschreiben sind. Diese stellen einen zahlungsunwirksamen Aufwand im Ergebnishaushalt dar. Der diesbezügliche Ansatz 2016 war im Vergleich zu 2015 um 100.900 € anzuheben.

Für die Sanierung des Eingangs zum Fahrradkeller des Rathauses wurden 50.000 €, für die Sicherheitstechnik in den Verwaltungsgebäuden 45.000 € und für die Softwarepflege/ Webhosting Internet 50.000 € zusätzlich eingeplant.

Im Schul- und Kitabereich sind für 2016 für die Fenstersanierung Oberschule und Treppenelemente 70.000 €, für den Umbau Schulzentrum Ekel wegen Aufnahme der Grundschule 150.000 €, für die Parkflächensanierung bei der Grundschule Im Spiet 60.000 €, 90.000 € für die Dachabdeckung KiTA Süderneuland und für den Umbau der Oberschule (Differenzierungsräume) 34.000 € vorgesehen.

Durch die Erhöhung der Zuschüsse an freie Träger von Kindertagesstätten (neue Verträge) mussten zusätzlich 84.300 € bereit gestellt werden.

Für das Sommerfest wurden im Produkt „Stadtmarketing“ zusätzlich 64.000 € (incl. North Coast Festival) kalkuliert.

Im Bereich „Straßen“ wurde für Beleuchtungskosten eine Ansatzserhöhung in Höhe 59.500 € vorgenommen.

Finanzhaushalt –laufende Verwaltungstätigkeit:

Der Entwurf der Teilfinanzhaushalte 0 bis 3 –laufende Verwaltungstätigkeit- weist für das Haushaltsjahr 2016 insgesamt einen Saldo in Höhe von **- 1.622.070 €** aus.

Dieser setzt sich zusammen aus

Auszahlungen in Höhe von insgesamt	41.555.940 €
und	
Einzahlungen in Höhe von insgesamt	39.933.870 €

Die Differenz zum Fehlbedarf des Ergebnishaushalts resultiert aus den zahlungsunwirksamen Erträgen (Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Rückstellungen) sowie aus den zahlungsunwirksamen Aufwendungen (ordentliche und außerordentliche Abschreibungen, Zuführung zu Rückstellungen).

Diese Erträge und Aufwendungen werden im Ergebnishaushalt nachgewiesen und beeinflussen das Ergebnis. Da sie jedoch nicht Bestandteil der Zahlungsströme sind, werden sie im Finanzhaushalt – laufende Verwaltungstätigkeit – nicht ausgewiesen.

Im Finanzhaushalt werden außerdem die Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Finanzierungstätigkeit nachgewiesen.

Die Zusammenfassung der einzelnen Salden stellt sich wie folgt dar:

Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 1.622.070 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 1.511.895 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	578.800 €

Insgesamt

- 2.555.165 €

Finanzhaushalt –Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen-

Die vorgesehenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen umfassen ein Volumen in Höhe von **3.356.265 €** (vgl. Anlage 1).

Diesen geplanten Auszahlungen stehen geplante Einzahlungen in Höhe von **1.844.370 €** gegenüber, so dass eine Finanzierungslücke von **1.511.895 €** entsteht.

Diese wird im Finanzhaushalt –Finanzierungstätigkeit- durch die Veranschlagung einer vorgesehenen Kreditaufnahme in Höhe von **1.511.900 €** gedeckt.

Als herausragende Investitionsmaßnahmen sind hier zu nennen:

Bezeichnung der Maßnahme	Haushaltsansatz
Neuer Internetauftritt Konzern Konzepterstellung und Design/Software (Anteil Stadtverwaltung)	50.000 €
Baumaßnahme zur Umsetzung der Inklusion	50.000 €
Ganztagsschule Lintel -Baukosten-	390.000 €
Energetische Teilsanierung Grundschule Lintel (KIP)	455.000 €
Energetische Deckensanierung Kita Hooge Riege (KIP)	50.000 €
Einrichtung Krippengruppe Kükennüst -Weiterleitung der Landeszuwendung-	180.000 €
Sanierung Schul- und Vereinsaußensportanlage Wildbahn	50.000 €
Dorferneuerung Neuwesteel/Leybucht polder	200.000 €
Stadtumbau West – Doornkaat und Umfeld	155.375 €
Städtebaulicher Denkmalschutz (Historischer Marktplatz)	492.000 €

Bau von Spielplätzen, Erwerb von Spielgeräten	65.000 €
Neugestaltung des Mittelmarktes (Planungs- u. Baukosten)	95.000 €
Erstausbau Backersweg	110.000 €
Ausbau Gewerbestraße (nördl. Streckenabschnitt)	205.000 €
Brücke Flachkolker Weg	90.000 €

Auf Antrag der Beigeordneten Feldmann wird eine kurze Sitzungsunterbrechung abgehalten.

Bürgermeisterin Schlag gibt zu Protokoll:

„Liebe Ratskolleginnen, liebe Ratskollegen,

Ihnen liegt seit Beginn des Jahres der Entwurf des Haushaltsplanes 2016 für die Stadt Norden vor. Dieser Entwurf ist in der Verwaltung nach intensiven Diskussionen in den Fachdiensten und Fachbereichen vorbereitet worden. Er ist in den Fachausschüssen im Februar genauso intensiv politisch diskutiert worden und er liegt nun heute dem Rat der Stadt Norden zur Beschlussfassung vor.

Ich könnte ihnen vieles zum Haushalt erzählen. Bevor ich auf das aktuelle Werk eingehe, möchte ich zurückschauen, um den heutigen Haushalt einzuordnen.

Ich habe mir dazu mal die Jahresrechnungsergebnisse der Jahre 2007 bis 2014 angeschaut und dabei festgestellt, dass es nur 2010 und 2013 Fehlbeträge gab. Diese Fehlbeträge wurden allerdings durch die Überschüsse der Haushaltsjahre 2011 bzw. 2013 abgedeckt, so dass wir immer letztendlich mindestens seit 2007 ausgeglichene Jahresabschlüsse vorweisen konnten. Auch das Jahr 2015 wird voraussichtlich „sehr gut“ mit einem Überschuss enden.

Dazu haben sicher auch äußere Einflüsse beigetragen. Erhebliche Mehrerträge bei den allgemeinen Finanzen, Gewerbesteuern oder Einkommenssteueranteilen. Nur um einige Beispiele zu nennen. Dazu hat aber auch beigetragen, dass wir sehr diszipliniert gewirtschaftet haben. Das führt im Ergebnis dazu, dass der Haushalt 2016, den ich Ihnen jetzt vorlege, als relativ unproblematisch betrachtet werden kann.

Relativ unproblematisch deshalb, weil der Ergebnishaushalt zwar mit einem strukturellen Fehlbetrag von 2,4 Mio. Euro rechnet, dieser kalkulierte Fehlbetrag allerdings in voller Höhe aus der Überschuss-Rücklage mit einem Bestand von 3,1 Mio. gedeckt ist. Insofern gilt der in diesem Jahr vorgelegte Haushalt als ausgeglichen und die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wird also nicht erforderlich, um die Haushaltsgenehmigung des Landkreises Aurich zu erhalten.

Ich finde, über die letzten Jahre betrachtet, das ist eine sehr positive und sehr gute Entwicklung.

Dennoch ist uns allen – sowohl in der Verwaltung als auch in der Politik – bewusst, dass wir auch weiterhin sehr sorgfältig mit dem uns anvertrauten Steuergeldern umgehen müssen. Das was wir in diesem Jahr investieren und was wir an Investitionen für die nächsten Jahre planen, ist

den unbedingten Erfordernissen geschuldet.

- So wird die Ganztagschule Lintel mit 300.000 Euro zu Buche schlagen.
- Die energetische Teilsanierung der Grundschule Lintel und der Kindertagesstätte Hooge Riege werden zusammen eine Summe von 505.000 Euro verschlingen.
- Die Dorferneuerung Leybucht polder ist auch in diesem Jahr wieder mit einem 200.000-Ansatz versehen.
- Damit wir die Innenstadtentwicklung vorantreiben können, haben wir das Sanierungsgebiet „Stadtumbau West und Umfeld“ mit 155.000 Euro ausgestattet.
- Unsere Spielplätze sollen für den Erwerb von Spielgeräten 65.000 Euro bekommen.
- Maßnahmen zur Inklusion in den Schulen sind mit 50.000 Euro dotiert.
- Die Neugestaltung des Mittelmarktes für Planungs- und Baukosten sind mit 95.000 Euro angesetzt.
- Der Erstausbau des Backerweges in Norddeich wird 110.000 Euro kosten und der Ausbau der Gewerbestraße (nördlicher Streckenabschnitt) wird 205.000 Euro beanspruchen.
- Die Brücke am Flachkolker Weg muss saniert werden und kostet 90.000 Euro.

Das heißt, wir sanieren im erforderlichen Rahmen, wir bauen neu im erforderlichen Rahmen und wir bauen so, dass wir uns energetisch gut aufstellen für die Zukunft, damit die Folgekosten unserer Einrichtungen entsprechend gering werden. Wir setzen mit relativ wenigen Mitteln an wichtigen Stellen Akzente.

Der Zu- und Abgangsliste kann ich entnehmen, dass sie Änderungswünsche haben, bezüglich möglicher Investitionen, die ich für einen späteren Zeitraum vorgesehen hatte. Das betrifft z. B. die Investitionen in Sachen Feuerwehr und Sozialem Wohnungsbau. Auch haben Sie Akzente gesetzt, um einzelnen Gruppierungen und wichtigen Leistungsträgern in unserer Stadt in Ihrem Engagement zu unterstützen. Ich freue mich, dass durch diese Vorschläge Mut gemacht wird und Anerkennung geschenkt wird. Ich habe kein Problem damit, die von Ihnen gewünschten Änderungen im Wesentlichen mitzutragen.

Mit dem Stellenplan 2016 legt die Verwaltung einen Plan vor, der gegenüber dem bisherigen Plan aus dem Jahre 2015 einige Änderungen aufzeigt.

Die Anzahl der Stellen in der sogenannten Kernverwaltung erhöht sich im Ergebnis um 5,2 Stellen. Die Erhöhung der Stellen und Stellenanteile resultiert aus der Bereitstellung von Arbeitsplätzen

- für den Klimaschutz,
- für die LEADER-Region „Wattenmeerachter im Weltnaturerbe“
- und der Intensivierung der Sozialarbeit in den Schulen.

Neu ist auch, dass die auf dem Friedhof eingesetzten Sargträger ab 2016 in unserem Stellenplan geführt werden müssen, da sie als Arbeitnehmer im steuerrechtlichen Sinne von der Finanzverwaltung angesehen werden und demzufolge dem Personalbudget zuzuordnen sind.

Die Anzahl der Planstellen im Bereich der Technischen Betriebe erhöht sich um drei Stellen, da die Absicht besteht, von den Wirtschaftsbetrieben die dort noch verbliebenen Aufgaben in der Grünpflege zu übernehmen. Die erforderliche Personalausstattung erfolgt grundsätzlich durch eine Personalübernahme.

Im Stellenplan sind die vorhandenen Stellen nach Art und Wertigkeit gegliedert ausgewiesen worden (§ 107 Abs. 3 NkomVG). Demzufolge sind im Beamtenbereich und auch im Beschäftigtenbereich Anpassungen im Zuge von Neubewertungen, tariflicher Änderungen erfolgt. Die aktuelle Situation findet sich demzufolge in jedem Einzelfall im Stellenplan wieder.

Ich möchte Sie bitten, dem Haushaltsplanentwurf mit der Zu- und Abgangliste und dem Stellenplan zuzustimmen“.

Beigeordneter Sikken berichtet, dass man auf Einladung der SPD mehrfach zusammengesessen habe und sich auf einen gemeinsamen Nenner geeinigt habe. Dies sei in einem Wahljahr ein gutes Signal. Jede Fraktion oder Gruppierung könne sich wiederfinden. Man habe auch Gelder eingespart. Man sei auch für die Integration der Flüchtlinge. Der neue Rat werde allerdings sicher konsolidieren müssen.

Ratsherr Glumm verweist in einer Präsentation auf die Schuldenentwicklung der Stadt Norden. Diese sei unbefriedigend. Er bemängelt die Aufwendungen für die Kreis- und Gewerbesteuerumlage sowie die Zinsaufwendungen. Diese Mittel stehen leider für notwendige Investitionen nicht zur Verfügung. Er sei froh, dass es im Haushalt keine Übertreibungen gebe.

Beigeordneter Sikken ergänzt, dass im Stellenplan vier Beamtenstellen von A 12 auf A 13 angehoben werden sollen. Entsprechende Bewertungen liegen diesbezüglich vor. Man stimme dem Stellenplan in dieser Fassung zu, werde allerdings Beförderungen erst nach Auswertung des Organisationsgutachtens durch die KGSt aussprechen.

Ratsfrau van Gerpen erklärt, dass es sich die SPD-Ratsfraktion nicht leicht gemacht habe, den Haushalt auf den Weg zu bringen. Allerdings sei die Diskussion um dem Sozialen Wohnungsbau ein Erfolg. Es gehe darum, Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu schaffen. Hierfür konnte nunmehr eine Summe i.H.v. 650.000 € als Verpflichtungsermächtigung für 2017 in den Haushalt eingebracht werden.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der behindertengerechte Zugang zu öffentlichen Gebäuden. Hiermit müsse man sich öfters beschäftigen. Sie bittet daher auch den Senioren- und Behindertenbeirat, sich bei Bauprojekten stetig einzubinden. Das gleiche gelte auch für die Sanierung von Gehwegen.

Eine weitere große Investition ist die Schaffung einer zusätzlichen Obdachlosenunterkunft am Hollander Weg. Da die Vorplanungen noch nicht abgeschlossen sind, gelte es hier 650.000 € als Verpflichtungsermächtigung für den Haushalt 2017 aufzunehmen. Die Investition sei wichtig, damit sich die Anzahl der Obdachlosen in der Stadt Norden nicht erhöhe.

Die SPD-Fraktion beantrage zudem die Einrichtung einer Stabstelle zur Flüchtlingskoordination für den befristeten Zeitraum von 2 Jahren. Man habe diesbezüglich bereits in der letzten Ratssitzung hierüber beraten. Derzeit werde eine Kostenübernahme durch den Landkreis Aurich geprüft. Da diese Stelle dringend notwendig sei, dürfte die Einrichtung auch mit Eigenmitteln denkbar sein.

Im Bereich der Feuerwehr müsse vorrangig investiert werden, um die Sicherheit der Feuerwehrleute und der Bürger und Bürgerinnen zu gewährleisten. Dies gelte u.a. für die Anschaffung eines LF8, eines LF 10/6 und dem Bau eines Feuerwehrgerätehauses für Leybucht polder. Eine Ersatzbeschaffung müsse auch für die defekte Drehleiter angedacht werden. Ein Leasinggeschäft werde hierbei favorisiert.

Im Bereich der Straßensanierung befinde sich derzeit die Nordseestraße in der Umsetzung. Allerdings müsste auch in andere Straßen investiert werden. Die SPD-Fraktion habe daraufhin die Verwaltung aufgefordert, eine neue Prioritätenliste zu erstellen. Weiterhin beantrage die SPD-Fraktion den Ankauf des Kirchengebäudes in Leybucht polder zur Nutzung als Dorfgemeinschaftshaus. Hierfür können auch Fördergelder aus der Dorferneuerung eingesetzt werden.

Die Sanierung der Sportanlage Wildbahn möge um ein Jahr verschoben werden. Im Übrigen sei die Höhe der Kreditaufnahmen durch vorhandene Haushaltsreste bei der Straßen- und

Gehwegsanierung zu reduzieren. Insgesamt spreche der Haushalt für ein vernünftiges Handeln.

Ratsherr Köther bemängelt, die angestiegene „Pro-Kopf Verschuldung“. Nur die Stadtentwässerung sorge mit guten Ergebnissen für eine positive Darstellung. Er habe zudem Problem mit der Doppik, da die Transparenz nicht mehr wie früher gegeben sei. Es müsste daher immer Akteneinsicht beantragt werden. In einer guten Demokratie sei immer irgendjemand dagegen. Daher lehne er den Haushaltsentwurf ab.

Der Rat beschließt:

- 1. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan einschließlich Anlagen für das Haushaltsjahr 2016 werden beschlossen.**
- 2. Die Zu- und Abgangslisten vom 29.02.2016 werden –unter Berücksichtigung folgender Änderungen- beschlossen:**
 - Zuschuss ökumenischer Arbeitskreis Synagogenweg: einmalig in 2016 = 4.500 €.
 - Zuschuss für den Betrieb der Eisbahn: einmalig in 2016 = 10.000 €; für die Jahre 2017 bis 2020 ist ein Vertrag mit dem Betreiber auszuhandeln, wonach max. 10.000 € als jährlicher Zuschuss bei gleichzeitiger Standortsicherung der Eisbahn zur Vorweihnachtszeit zugesichert werden. Ein Verwendungsnachweis des Zuschusses ist jährlich vorzulegen.
 - Zuschuss Kinderschutzbund für Spielplätze in Höhe von 10.000 €: der Zuschuss entfällt, dieser erfolgt aus der Maßnahme „Spielplätze“ des FD 3.3.
 - Für die Baumaßnahmen „Sozialer Wohnungsbau“ und „Bau einer Obdachlosenunterkunft“ werden Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 650.000 € bereitgestellt. Davon werden insgesamt 50.000 € im Haushaltsjahr 2016 für Planungskosten ausgewiesen. Der Restbetrag in Höhe von 1.250.000 € wird im Haushaltsjahr 2017 veranschlagt. Gleichzeitig wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.250.000 € im Haushaltsjahr 2016 festgesetzt.
 - Für den Umbau des Feuerwehrgebäudes in Leybucht polder werden in 2016 für Planungskosten 30.000 € veranschlagt. In 2017 werden 120.000 € festgesetzt.
 - Die im Haushaltsplanentwurf 2016 vorgesehene Baumaßnahme „Sanierung Schul- und Vereinssportanlage Wildbahn“ wird um ein Jahr verschoben; 50.000 € für Planungskosten werden in 2017 und 400.000 € für die Durchführung in 2018 veranschlagt. Die Verpflichtungsermächtigung wird von 2016 nach 2017 verschoben.
 - Für den Erwerb des Löschfahrzeuges 8 (LF8) für Norden wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 290.000 € in 2016 eingestellt.
 - Die vorhandenen Haushaltsreste im Finanzhaushalt in 2015 für die Baumaßnahmen „Erweiterung Leegemoor“ in Höhe von 42.500 € und „Seniorengerechte Gehwege“ in Höhe von 50.000 € werden nicht übertragen, Dadurch reduziert sich die geplante Kreditaufnahme 2016 um 92.500 €.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	29
	Nein-Stimmen:	2
	Enthaltungen:	1

zu 17 Sanierung Stadtumbau-West; Gebiet: Doornkaatgelände und Umfeld; Treuhändervertrag 1643/2016/3.1

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 16.11.2015 die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Doornkaatgelände und Umfeld“ beschlossen. Vorbereitet wurde der Satzungsbeschluss durch die vorbereitenden Untersuchungen der BauBeCon Sanierungsträger GmbH im Auftrag der Stadt Norden.

Mit Veröffentlichung im Amtsblatt für den Landkreis Aurich und der Stadt Emden vom 11.12.2015 ist die Sanierungssatzung rechtswirksam geworden.

Mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH ist ein Treuhändervertrag ausgehandelt worden, der die Tätigkeiten der BauBeCon als Sanierungsträgerin für die Stadt Norden regelt. Die Verwaltung empfiehlt, den Vertrag zu beschließen und damit die jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH fortzusetzen.

Die Bruttovergütung für den Treuhänder entspricht der förderfähigen Obergrenze gem. der Städtebauförderrichtlinie des Landes Niedersachsen auf 6% der Kosten der Gesamtmaßnahme. Entsprechende Mittel sind in den Folgejahren im Haushalt der Stadt Norden einzustellen.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Norden beschließt den Abschluss des Treuhändervertrages über die Vorbereitung und Durchführung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen des Förderprogrammes "Stadtumbau-West" in Norden zwischen der Stadt Norden und der BauBeCon Sanierungsträger GmbH, Bremen in der vorliegenden Fassung.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 18 Sanierung Stadtumbau West; Gebiet: Doornkaatgelände und Umgebung; Wirtschaftsplan 2016 1644/2016/3.1

Sach- und Rechtslage:

Das Sanierungsgebiet „Doornkaatgelände und Umfeld“ ist mit Veröffentlichung vom 11.12.2015 im Amtsblatt für den Landkreis Aurich und die Stadt Norden rechtswirksam geworden.

Die BauBeCon Sanierungsträger GmbH hat einen ersten Wirtschaftsplanentwurf für das Jahr 2016 vorgelegt.

Wesentlicher Bestandteil der ersten Maßnahmen ist die Vorbereitung der Durchführung erfor-

derlichen Planungen.

Insbesondere sind dies der städtebauliche Rahmenplan für das Gesamtgebiet, verbunden mit einer intensiven Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit. Unter anderem ist im Rahmen der Planerarbeitung die Durchführung von 3 Workshops geplant.

Weiterhin ist die planerische Vorbereitung der Neugestaltung der Großen Hinterlohne vorgesehen.

Für beide Planungsmaßnahmen werden insg. 43 tsd. € veranschlagt.

Ein weiterer Betrag von 30 tsd. € wird für die Bezuschussung einer noch nicht bekannten Modernisierungsmaßnahme eines Objektes eines Privateigentümers im Sanierungsgebiet oder alternativ für 3 Einzelvorhaben bereitgehalten, bei denen die Zuschüsse, je nach Umfang der Modernisierung, über zwei bis drei Jahre gestreckt werden können.

Der Rat beschließt:

Der Rat der Stadt Norden beschließt den Wirtschaftsplan 2016 für das Sanierungsgebiet „Doornkaatgelände und Umfeld“ gem. dem Entwurf des Sanierungsträgers BauBeCon Sanierungsträger GmbH vom 13.01.2016.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 19 Beendigung des Verkehrsversuches „Zweirichtungsverkehr Am Markt (Nord und Ost)“; Beschlussfassung über die Beibehaltung der getroffenen Regelungen. 1658/2016/3.3

Sach- und Rechtslage:

In seiner Sitzung am 29.04.2015 hat der Rat der Stadt Norden einen Verkehrsversuch zur Einführung des Zweirichtungsverkehrs in den Straßenzügen Am Markt (Nord) und Am Markt (Ost) beschlossen. Mit dem Versuch konnte nach entsprechender Vorbereitung am 12.06.2015 begonnen werden.

Über den Verkehrsversuch kann seitens der Verwaltung wie folgt berichtet werden:

- Im Hinblick auf den motorisierten Verkehr gab es ausschließlich lobende Rückmeldungen.
- Die Rückstaus vor dem Gymnasium i. R. Kreisel sind deutlich weniger geworden. Hier zeigt sich, dass der Druck auf diese Anlage durch die bessere Verteilung der Verkehre viel geringer geworden ist. Auch das Linksabbiege-Verbot aus den Straßen Am Markt (Nord) und Fräuleinshof ist in diesem Zusammenhang ebenfalls sehr wirkungsvoll.
- Durch mehr Möglichkeiten sind die zurückzulegenden Fahrstrecken deutlich kürzer geworden.
- Die neue Verkehrsregelung „Am Zingel“ wird ausdrücklich gelobt.
- Die Feuerwehr hat sich ebenfalls sehr positiv geäußert. Die Wege sind jetzt kürzer und unkomplizierter.
- Ebenfalls gab es sehr positive Rückmeldungen von den Busunternehmen sowie den Fahrschulbetreibern.
- Das Hauptthema der Rückmeldungen war eindeutig die neue Führung des Radverkehrs auf der Fahrbahn. Gerade in Anbetracht des nunmehr zulässigen Zweirichtungsverkehrs

gab es Zweifel bei den Verkehrsteilnehmern darüber, ob die neue Führung des Radverkehrs auch sicher genug ist. Fragen wurden beantwortet und teilweise diskutiert. Mittlerweile ist die Akzeptanz deutlich gestiegen und es gibt Rückmeldungen in denen die neue Radverkehrsführung ausdrücklich gelobt wird.

- Unfälle mit Radfahrern, die auf die geänderte Verkehrsführung zurückzuführen sind, hat es laut Polizeistatistik nicht gegeben.
- Auf der Internetseite der Stadt sowie unter Einbindung des Radverkehrsbeauftragten und der Presse wurde und wird die Bevölkerung über die neue Verkehrsführung informiert.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass alle vorgenommenen Änderungen der Verkehrsführung Am Markt, Am Zingel sowie in der Uffen-/Heringstraße, zu einer deutlichen Verbesserung des Verkehrsflusses geführt haben. Die Änderungen werden von dem weitaus überwiegenden Anteil der Verkehrsteilnehmer mit positiver Resonanz angenommen. Seitens der Verwaltung wird daher empfohlen, den eingangs formulierten Beschluss zur dauerhaften Beibehaltung der erprobten Verkehrsregelungen zu fassen.

Damit einhergehend wären die für die dauerhafte Beibehaltung der neuen Verkehrsführung erforderlichen baulichen Veränderungen kurzfristig vorzunehmen. Dabei handelt es sich um die Anpassung der Kurvenradien in den betroffenen Einmündungsbereichen sowie den Bau eines Fahrbahnteilers vor der Einmündung der Klosterstraße in die Straße Am Markt. Das hierfür kalkulierte Kostenvolumen beträgt ca. 70.000 Euro. Entsprechende Haushaltsmittel wurden bereits in den Ergebnishaushalt 2015 eingestellt und werden als Haushaltsausgaberesult nach 2016 übertragen werden.

Ratsherr Schmelzle berichtet, dass die Norder CDU froh sei, dass der Versuch positiv beendet werden konnte. Dies sei eine weitere Verbesserung der Norder Verkehre. Man sei 2015 gegen den weiteren Versuch gewesen, weil während der Baumaßnahmen schon die Verbesserungen eingetreten sind. Der Burggraben sei früher eine Rennbahn gewesen. Dies sei nunmehr dank der Markierungen nicht mehr der Fall. Er dankt der Verwaltung für ihr weitsichtiges Handeln.

Der Rat beschließt:

- 1.) Der Verkehrsversuch zur Erprobung des Zweirichtungsverkehrs und der neuen Radverkehrsführung wird für beendet erklärt. Die getroffenen Regelungen sind dauerhaft einzuführen.**
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen baulichen Maßnahmen umzusetzen, sobald die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	1
	Enthaltungen:	0

zu 20 **89.Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden, Gebiet: "Photovoltaikpark"; erneute Beteiligungsverfahren, Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Feststellungsbeschluss 1648/2016/3.1**

Sach- und Rechtslage:

Zu 1.

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 23.06.2015 die Feststellung der 89. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen (s. Sitzungsvorlage Nr. 1381/2015/3.1).

Die Verfahrensunterlagen wurden sodann dem Landkreis Aurich mit Schreiben vom 01.07.2015 mit der Bitte um Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung zugestellt.

Der Landkreis Aurich teilte in einer Erörterung am 17.07.2015 mit, dass die Flächennutzungsplanänderung nicht genehmigungsfähig sei. Als wesentliche Gründe wurden genannt, dass in der in amtlichen Bekanntmachung der Öffentlichkeitsbeteiligung keine inhaltlichen Angaben zu den verfügbaren Umweltinformationen gemacht wurden. Zudem sei die Berücksichtigung einer Stellungnahme aus dem Verfahren der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nicht in den Planungsunterlagen erkennbar gewesen. Auf diese Mitteilungen hin wurde der Antrag auf Erteilung der Genehmigung der Flächennutzungsplanänderung zurückgezogen.

Auf die Hinweise des Landkreises Aurich wurden Planunterlagen ergänzt.

Die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB fand in der Zeit vom 14.12.2015 bis zum 20.01.2016 statt. Die amtliche Bekanntmachung hierzu wurde gem. den Hinweisen des Landkreises Aurich verfasst und entsprechend am 04.12.2015 veröffentlicht.

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde ebenfalls in diesem Zeitraum erneut durchgeführt.

Zu 2.

Die Hinweise und Anregungen in den eingegangenen Stellungnahmen haben zu keiner Änderung der Planung geführt.

Zu 3.

Die Verwaltung empfiehlt den erneuten Feststellungsbeschluss.

Der Rat beschließt:

- 1. Nachträglich beschließt der Rat der Stadt Norden, die Fassung der 89. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Stand von Oktober 2015 zum Entwurf und beauftragt die Verwaltung, die erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.**
- 2. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligungen in der Zeit vom 14.12.2015 – 20.01.2016, vorgebrachten Hinweise und Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 2) werden beschlossen.**
- 3. Nach Überprüfung aller eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen beschließt der Rat der Stadt Norden auf Grund § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 58 NKomVG erneut die Feststellung der 89. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 21 Bebauungsplan Nr. 41, 3. Änderung, Gebiet: Photovoltaikpark; erneute Beteiligungsverfahren, Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen, Satzungsbeschluss 1649/2016/3.1

Sach- und Rechtslage:

Zu 1.

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 23.06.2015 den Bebauungsplan Nr. 41, 3. Änderung „Photovoltaikpark“ als Satzung beschlossen (s. Sitzungsvorlage Nr. 1382/2015/3.1) . Mit Bekanntmachung vom 31.07.2015 im Amtsblatt für den Landkreis Aurich und die Stadt Norden ist dieser Bebauungsplan rechtswirksam geworden.

Da die im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren für die zugehörige 89. Flächennutzungsplanänderung geltend gemachten Verfahrensfehler (amtliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung – umweltbezogene Stellungnahmen, Berücksichtigung einer Stellungnahme in der frühzeitigen Beteiligung Behörden- und TöB-Beteiligung) auch für die Änderung des Bebauungsplanes zutrafen, wurden hierfür ebenfalls eine Änderung der Planbegründung sowie eine erneute Beteiligung der Öffentlichkeit erforderlich.

Zusammen mit dem Entwurf der 89. Flächennutzungsplanänderung ist demzufolge auch für den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41, 3. Änderung erneut die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 16.12.2015 bis zum 20.01.2016 erfolgt. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde ebenfalls in diesem Zeitraum erneut durchgeführt.

Zu 2.

Die Hinweise und Anregungen in den eingegangenen Stellungnahmen haben zu keiner Änderung der Planung geführt.

Zu 3.

Die Verwaltung empfiehlt den erneuten Satzungsbeschluss.

Der Rat beschließt:

- 1. Nachträglich beschließt der Rat der Stadt Norden den Bebauungsplan Nr. 41, 3. Änderung mit Stand von Oktober 2015 zum Entwurf und beauftragt die Verwaltung, die erneute Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.**
- 2. Die Stellungnahme zu der in der Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligungen in den Zeit vom 16.12.2015 bis zum 20.01.2016 vorgebrachten Anregungen und der Abwägungsvorschlag dazu (s. Anlage 2) werden beschlossen.**
- 3. Nach Überprüfung aller eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen beschließt der Rat der Stadt Norden auf Grund § 1 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 58 NKomVG den Bebauungsplan Nr. 41, 3. Änderung Stadt Norden erneut als Satzung.**

Stimmergeb- nis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 22 Bauleitplanung in Norddeich: Bebauungsplan Nr. 179; Gebiet: "Molenstraße / Hattermannsweg" und 92. Änderung des Flächennutzungsplanes - Auslegungsbeschluss 1660/2016/3.1

Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Stadt Norden hat am 04.12.2012 aufgrund von städtebaulichen Fehlentwicklungen die Änderung bzw. Neuaufstellung einer Vielzahl von Bebauungsplänen in Norddeich beschlossen. Unter den neu aufzustellenden Plänen befindet sich der B-Plan Nr. 179; Gebiet: „Molenstraße / Hattermannsweg“. Die Aufstellung der 92. Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren wurde vom Rat am 12.02.2015 beschlossen. Die Änderung im Parallelverfahren ist notwendig, da sich der Bebauungsplan Nr. 179 nicht aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickeln lässt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde für beide Bauleitpläne durch eine Informationsveranstaltung am 05.03.2015 und durch Aushang der Planungsunterlagen mit Möglichkeit zur Stellungnahme bis zum 20.03.2015 durchgeführt.

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde für beide Bauleitpläne durch eine Informationsveranstaltung am 05.03.2015 und durch Zusendung der Planungsunterlagen mit Möglichkeit zur Stellungnahme bis 20.03.2015 durchgeführt.

Die Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen aus den frühzeitigen Beteiligungen ist der Begründung zu entnehmen.

Für die beiden Bauleitpläne soll nun die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung) und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt werden.

Der Papierform dieser Sitzungsvorlage sind einige Unterlagen (B-Plan-Zeichnung, Anlagen) aufgrund der Größe auf A3 verkleinert beigelegt. Im Ratsinformationssystem sind alle Unterlagen in digitaler Form in Originalgröße enthalten.

Der Rat beschließt:

- 1. Der Rat der Stadt Norden beschließt die Änderung der Geltungsbereiche der 92. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Norden und des Bebauungsplanes Nr. 179 entsprechend den beigelegten Planungsunterlagen.**
- 2. Der Rat der Stadt Norden beschließt die 92. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 179 mit örtlichen Bauvorschriften entsprechend den beigelegten Planungsunterlagen zum Entwurf.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit (öffentliche Auslegung) gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB für die 92. Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan Nr. 179 mit örtlichen Bauvorschriften durchzuführen.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	32
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 23 Sitzungskalender 2016 - 2. Halbjahr
1674/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 1 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Rates gibt sich der Rat jeweils für ein Jahr einen Sitzungskalender, aus dem die Termine des Rates, des Verwaltungsausschusses und der regelmäßig tagenden Fachausschüsse hervorgehen.

In der Sitzung des Rates am 10.12.2016 wurde bereits der Sitzungskalender für das 1. Halbjahr beschlossen. Nunmehr soll der Beschluss über die Termine des 2. Halbjahres erfolgen.

Der Rat beschließt:

Der Sitzungskalender für das 2. Halbjahr 2016 (Stand: 22.02.2016) wird beschlossen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

zu 24 Anträge zur Verweisung an die zuständigen Ausschüsse

**zu 24.1 Antrag auf Ausweisung eines neuen Baugebietes an der Zuckerpolder Straße für 100 Bauplätze;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1684/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 17.02.2016 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Der Antrag ist zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss zu verweisen.

Ratsherr Wäcken verlässt die Sitzung.

Der Rat beschließt:

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss und den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 24.2 **Antrag auf Überarbeitung/Erstellung der Prioritätenliste zum Neubau/Ausbau von Straßen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1685/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 17.02.2016 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Der Antrag ist zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss zu verweisen.

Der Rat beschließt:

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss und den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 24.3 **Antrag auf Erweiterung des Planungsauftrages Kleine Mühlenstraße um die Große Mühlenstraße;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1686/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 17.02.2016 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Der Antrag ist zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss zu verweisen.

Der Rat beschließt:

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss und den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

- zu 24.4 **Antrag auf Erwerb des Ev.-Reformiertem Kirchengebäudes im Ortsteil Leybuchtpolder u.a. mit Mitteln der Dorferneuerung;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2016
1687/2016/1.2**

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 17.02.2016 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Der Antrag ist zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss zu verweisen.

Der Rat beschließt:

Der Antrag wird zur Vorberatung an den Bau- und Sanierungsausschuss und den Verwaltungsausschuss verwiesen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	31
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 25 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 26 Anfragen

Keine.

zu 27 Wünsche und Anregungen

Bürgermeisterin Schlag dankt der Politik für die sachliche und kooperative Diskussion zum Haushalt 2016.

Ratsfrau Niehaus wünscht sich, dass sich die Politik mit den Vorschlägen der Jugendlichen aus der Aktion „Pimp Your Town“ beschäftige.

Beigeordneter Fuchs schließt sich den Worten der Bürgermeisterin an. Er wünsche sich, dass die Fraktionen bei den großen Themen zusammensetzen, um in Verantwortung für die Stadt den größtmöglichen gemeinsamen Nenner zu finden.

zu 28 Festlegung des nächsten Sitzungstermins

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Norden findet am 19.04.2016 um 17.00 Uhr statt.

zu 29 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18:40 Uhr die Sitzung.

Der Ratsvorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

-Reinders-

-Schlag-

-Reemts-